

Die öffentliche Meinung

GERHARD HERDEGEN

Mit der „Bilanz der Europäischen Integration 1985“ steht eine Rückblende am Anfang dieses Bandes; eine Rückblende auf die Erwartungen, die dem Jahr 1985 unter europäischen Aspekten galten. Vom „Jahr der Entscheidung“, von der „Stunde der Wahrheit“, von „historischen Weichenstellungen“ war die Rede. Nach einer Ära der Krisen sollte eine „neue Epoche europäischer Handlungsfähigkeit“ begründet werden¹.

Was dieses Jahr 1985 an politischen Ereignissen, an Fortschritten und Rückschlägen für die Integration Europas tatsächlich gebracht hat, das ist an anderer Stelle dieses Jahrbuchs ausführlich dargelegt. In einem Beitrag über die öffentliche Meinung in und über Europa geht es – jedenfalls unmittelbar – nicht um diese Fakten. Es geht vielmehr um ihren Widerhall, um die Resonanz, die sie in der Bevölkerung gefunden haben, sei es als direkten Reflex auf die Ereignisse selbst, als deren Bewertung, sei es als mittelbares Echo. Welche Einstellungen zu Europa, welche Urteile über die europäische Integration finden sich in der bundesdeutschen Bevölkerung nach einem Jahr, das drei wichtige europäische Gipfelkonferenzen in Brüssel, Mailand und Luxemburg gesehen hat, in welchem die ‚Einheitliche Europäische Akte‘ zur Reform und Weiterentwicklung der Römischen Verträge verabschiedet wurde und an dessen Ende der über viele Jahre hinweg verhandelte Beitritt der Länder Spanien und Portugal zur Europäischen Gemeinschaft stand?

Die Fülle der Ereignisse vermittelt den Anschein von Bewegung, von Dynamik. Es gibt in der Tat aufzeigbare Erfolge in der europäischen Bilanz 1985, und trotzdem klingt das Resümee, das die Bürger der Bundesrepublik nach diesem „Jahr der Entscheidung“ ziehen, eher zurückhaltend und kritisch.

Seit über einem Jahrzehnt stellt das Institut für Demoskopie Allensbach der Bevölkerung der Bundesrepublik die Frage: „Finden Sie, daß sich die Länder der Europäischen Gemeinschaft in den letzten Jahren näher- oder nicht nähergekommen sind?“ Nur selten lautete die Antwort so verhalten wie nach dem Jahr 1985. Von „nähergekommen“ sprechen im Frühjahr 1986 nur 41 Prozent der Bundesbürger – so wenig wie noch in keiner der insgesamt sieben Erhebungen mit dieser Frage seit 1974; von „nicht nähergekommen“ sprechen 35 Prozent.

Tabelle 1:

FRAGE: „Finden Sie, daß sich die Länder der Europäischen Gemeinschaft in den letzten Jahren näher- oder nicht nähergekommen sind?“

	März 1974	Oktober 1975	August 1977	März 1984	Mai 1985	November 1985	Mai/Juni 1986
	%	%	%	%	%	%	%
Sind sich nähergekommen	43	53	43	44	53	44	41
Nicht nähergekommen	37	29	33	39	30	34	35
Unentschieden	20	18	24	17	17	22	24
	100	100	100	100	100	100	100

	Mai/Juni 1986	
	Personen, die sich für Europa –	
	interessieren	nicht (besonders) interessieren
	%	%
Sind sich nähergekommen	53	31
Nicht nähergekommen	34	36
Unentschieden	13	33
	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3003, 3020, 3046, 4040, 4058, 4065, 4073. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre

Wem die Integration West-Europas am Herzen liegt, der kann an diesem Ergebnis, vor allem an der jüngsten Trendentwicklung, keine Freude haben. Und trotzdem hat dieser Befund auch einen tröstlichen Aspekt, der sich allerdings erst bei näherem Hinsehen erschließt. Wer sich für das Thema Europa interessiert, und das tut fast jeder zweite Bundesbürger, der sieht viel mehr Gründe, von Fortschritten in der Europäischen Integration zu sprechen als der Nichtinteressierte, bei dem der Eindruck fehlender Integrationsfortschritte vorherrscht. Dieser Zusammenhang ist gar nicht so selbstverständlich wie man unter dem Gesichtspunkt „wer genauer hinsieht, sieht eben mehr“ vielleicht glauben möchte. Genaueres Hinsehen, Interesse für das Thema, könnte den Blick ja auch mit Nachdruck auf die Fehlstellen lenken. Daß die Bilanz der europainteressierten Bürger deutlich positiver ausfällt als die der uninteressierten, spricht also dafür, daß die letzte Zeit substantielle Integrationsfortschritte gebracht hat. Aber die breite Öffentlichkeit nimmt diese Fortschritte nur wenig wahr, weil sie eingebettet sind in ein Europabild, das eher von den Mißhelligkeiten als von Erfolgsmeldungen geprägt ist und weil das Thema Europa im Kontext anderer politischer Themen nur mindere Bedeutung hat.

Die Leser der Beiträge zur öffentlichen Meinung in und über West-Europa im „Jahrbuch der Europäischen Integration“ sind es gewohnt, an dieser Stelle jeweils nur Befunde vorzufinden, die repräsentativ sind für die Bevölkerung der Bundesrepublik oder anderer EG-Mitgliedstaaten. Solche Repräsentativergebnisse sind die originären Früchte demoskopischer Arbeit. Um das Menü zu erweitern, bedient sich die Demoskopie aber nicht selten auch nicht-repräsentativer, sogenannter qualitativer Erhebungsformen wie beispielsweise der Gruppendiskussion. Diese sozialwissenschaftliche Methode fördert in ihrer explorativen Vorgehensweise spontane Reaktionen zu einem Thema ebenso zu Tage wie auch tiefer liegende Einstellungen. Daneben liefert sie im Unterschied zu den statischen Befunden der Erhebungen mit vorab festgelegten Fragen durch die spezifische Form der offenen Diskussion ein dynamisches Bild von Denkprozessen und Assoziationen, die nur einer Einschränkung unterliegen: sie sind nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung.

Allensbach hat im Frühsommer 1986 in zwei verschiedenen Regionen der Bundesrepublik zwei Gruppendiskussionen über das Thema Europa durchgeführt. Die eine mit berufstätigen Erwachsenen mittleren Alters, deren Bildungsspektrum vom Hauptschulniveau bis zum abgeschlossenen Studium reichte². Die andere mit jungen Leuten zwischen 17 und 23 Jahren, Schülern, Studenten und jungen Berufstätigen.

Die Teilnehmer beider Diskussionen wurden zu den Gesprächen eingeladen mit der Information, dabei sollte es gehen „um aktuelle Gegenwartsfragen und Perspektiven der Zukunft, um Gesellschaft, ein wenig Wirtschaft und Politik“. Das Thema „Europa“ wurde bei der Rekrutierung der Probanden bewußt nicht erwähnt, um ein gezieltes Vorbereiten zu verhindern. Auch politisches Interesse war für die Auswahl der Gesprächsteilnehmer kein Kriterium. Es sollten weder Politik-, geschweige denn Europaexperten angesprochen werden.

Das Thema „Europa“ wurde vom Leiter der beiden Diskussionsrunden beim Auftakt der Gespräche bewußt nicht erwähnt, weil die Tatsache, wann die Diskussionsteilnehmer bei der Erörterung des ersten Komplexes – die Zukunft der Bundesrepublik und ihre Stellung in der Welt in den nächsten 20 Jahren – von sich aus auf Europa zu sprechen kämen, bereits einen wichtigen europarelevanten Gesichtspunkt darstellt.

Bei der Erörterung der Zukunftsaspekte stellte die junge Diskussionsrunde positive Aspekte an die Spitze: Die Bundesrepublik wird sich technisch sehr stark weiterentwickeln. Damit im Zusammenhang wird es für den einzelnen deutlich mehr Freizeit geben als heute. Diese positiven Aspekte wurden aber bald überlagert durch negative Gesichtspunkte: Weitere Technisierung und Automatisierung werden das Problem Arbeitslosigkeit noch verschärfen. Die Wahl eines Berufes wird künftig nicht mehr von Neigung und Interesse bestimmt, sondern von der Überlegung, wo auf dem Arbeitsmarkt es überhaupt noch Nachfrage nach Arbeitskräften und damit Berufschancen gibt. – Arbeitslosigkeit und die Angst vor der erwarteten Technisierung standen auch im Mit-

telpunkt der Auftakterörterungen der älteren Gesprächsrunde. Beim Thema Technisierung nahmen das Fortschreiten der elektronischen Datenverarbeitung und die damit verbundenen Möglichkeiten des Staates, immer mehr in die Privatsphäre des Einzelnen einzudringen, größeren Raum ein. – Beide Gesprächsrunden kamen auf die Probleme der künftigen Energieversorgung zu sprechen. Die Nachwirkungen des Reaktorunglücks in Tschernobyl waren hierbei unübersehbar.

Die Sorge vor „fortschreitender Aufrüstung und militärischer Bedrohung unserer Sicherheit“ bei der jüngeren Gesprächsrunde und die negativen Folgen des starken Geburtenrückgangs in der Bundesrepublik bei den Älteren waren weitere Gesprächspunkte, bevor ganz am Ende der Diskussion der Zukunftsaspekte in beiden Gruppen das Thema „Europa“ erstmals angesprochen wurde. Bei der jüngeren Runde geschah das im Zusammenhang mit der japanischen Konkurrenz für die bundesdeutsche Industrie. „Deutschland hat nicht mehr die vorherrschende Stellung in Technik und Forschung wie wir sie hatten.“ Als ein Grund dafür wurde die veraltete Universitätsausbildung in der Bundesrepublik genannt. Im Zusammenhang mit der Möglichkeit, den Vorsprung Japans und der USA aufzuholen, wurde die internationale Zusammenarbeit in Europa genannt, gleichzeitig aber eingeschränkt durch den Hinweis, das Beispiel Agrarpolitik in der EG zeige ja, daß eine solche Zusammenarbeit nicht funktioniere.

Die ältere Diskussionsrunde kam auf das Thema „Europa“ ebenfalls im Zusammenhang mit der technologischen Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik zu sprechen. Die Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten wurde als die große Möglichkeit bezeichnet, diese Konkurrenzfähigkeit zu stärken. Daran schloß sich aber sofort der Einwand, man könne sich auf diese Zusammenarbeit nicht verlassen. Die EG sei mindestens im selben Maße ein Hindernis für die technologische Weiterentwicklung wie sie diese andererseits begünstigen könne. „Wir sitzen in einem europäischen Boot. Jetzt haben sogar die Türken Antrag auf Assoziation gestellt, also, da kann einem nur Angst werden.“

Diesem Hinweis auf den türkischen Aufnahmewunsch in die EG schloß sich eine Erörterung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den verschiedenen Regionen Europas an. Dabei lautete der Tenor, die Armenhäuser Europas – ausdrücklich genannt wurden dabei Irland, Spanien, Portugal – werden die übrigen Staaten belasten und dazu führen, daß insgesamt die „goldenen Zeiten“ vorbei sind.

Den zweiten Gesprächskomplex – „Was verstehen Sie unter Europa? Was bedeutet Europa für Sie? Wie hat es sich entwickelt?“ – gingen beide Gesprächsrunden unter negativen Aspekten an: die Zusammenarbeit der (west-)europäischen Staaten wäre „ein Schritt in die richtige Richtung“, der fortgesetzt werden müßte. Gegenwärtig könne man die EG aber nicht als Gemeinschaft bezeichnen. Europa sollte als Zusammenschluß verschiedener Staa-

ten so dastehen wie die USA. Die Wirklichkeit in Europa zeige sich anders. Die jüngere Diskussionsrunde: „Woran die EG krankt: Jeder Staat versucht, die meisten Vorteile für sich zu kriegen, Kapital daraus zu schlagen. Es geht weniger darum, daß die Gemeinschaft als solche erstarkt, sondern daß der einzelne Staat am meisten für sich herausholt. Das ist der größte Fehler.“

Zwar stimmten beide Diskussionsrunden darin überein, daß der Zusammenhalt in Westeuropa seit Ende des zweiten Weltkrieges besser geworden sei: „Es gibt keine Spannungen zwischen den Erbfeinden Deutschland und Frankreich oder zwischen Deutschland und England mehr.“ Aber einschränkend hieß es auch, mit dem Zusammenhalt in Westeuropa sei es nicht weit her, das müsse noch besser werden. „Die EG kann man nicht als Gemeinschaft bezeichnen. Das Problem ist, daß sie (sc. die westeuropäischen Staaten) nie irgendwelche gemeinsamen Beschlüsse fassen.“

Besonders die jüngere Gruppe unterstrich, daß die Deutschen wegen ihrer Vergangenheit noch am ehesten bereit sind, etwas für Europa zu tun, Kompromisse zu schließen. „Das ist einfach so, daß die Bundesrepublikaner deswegen kompromißbereit sind, weil ihr Nationalbewußtsein so völlig verknittert ist.“

Übereinstimmend kamen beide Diskussionsrunden bei der Erörterung des Verständnisses von Europa auf die ihrer Meinung nach fehlende parlamentarische Legitimation zu sprechen. Erst sie würde Westeuropa zu einer wirklichen Einheit machen. Die jüngere Gruppe: „Ein wunderbares Parlament, das nur Empfehlungen geben kann.“ Die ältere: „Die Europa-Parlamentarier sitzen nur da und verschlafen ihren Tag und kosten einen Haufen Geld. Und warum? Weil die nationalen Parlamente von ihren Rechten nichts abgeben. Die Europa-Parlamentarier haben ja keine gesetzliche Befugnis und sie können auch nicht durch Abstimmungen ihre nationalen Parlamente und Regierungen zwingen, etwas in Sachen Europa zu machen. Das ist eine bittere Pille. Aber ich weiß auch nicht, wie man die Sache besser machen soll.“

Meinungsunterschiede gab es besonders innerhalb der älteren Diskussionsrunde darüber, ob die gegenwärtige deutsche und europäische Teilung bestehen bleiben oder im Rahmen einer Konvergenz der Systeme überwunden werde. Die Gruppe war sich einig, daß es einen essentiellen Unterschied zwischen den europäischen Grenzen gegenüber dem Ostblock und innerhalb Westeuropas gibt. „Im Westen kann man fahren, wohin man will, kann schnell mal Urlaub im Ausland machen, kann zwischen den Währungen hin- und herwechseln. Gegenüber den Ländern des Ostens gibt es alle diese Möglichkeiten nicht.“

Beim Diskussionspunkt Europäische Identität im Vergleich mit anderen Ländern und Ländergruppen spricht die jüngere Diskussionsrunde davon, daß sich in Westeuropa ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt habe, „zumindest unter jüngeren Leuten. Unter Älteren ist das Gemeinschaftsgefühl nicht sonderlich

groß. Es ist nicht gewachsen. Aus eigener Erfahrung glaube ich sagen zu können, daß die Generation, je jünger sie ist, desto mehr Zusammenhalt untereinander international findet“. An später Stelle ein anderer (junger) Diskussions Teilnehmer: „Ich habe Angst, daß das (sc. europäische) jugendliche Zusammengehörigkeitsgefühl sich mit dem Alter legt . . . Ich fürchte, daß sich das legt, daß das eine Jugenderscheinung ist.“

Beide Gruppen weisen darauf hin, daß das Sich-fühlen als Europäer behindert wird durch die noch immer bestehenden Grenzkontrollen. Auch die unterschiedlichen Sprachen werden als Hindernis bezeichnet. Dabei schaffen die Sprachkenntnisse ungleiche Chancen, sich mit Leuten aus dem Osten ebenso rasch zu verständigen wie mit Leuten aus dem Westen. „Bei mir wäre es bestimmt so, daß mir das Land, aus dem die Leute kommen, überhaupt nicht wichtig wäre im ersten Moment, daß ich mich mehr auf die Leute selbst konzentrieren würde, auf den Charakter des jeweiligen Menschen, wie ich mit ihm auskomme und nicht, aus welchem Land er kommt.“ Aber dann wird eingeräumt, daß diese persönlichen Kontakte in erster Linie auf dem Weg über die gemeinsame Sprache geschehen. „Am ehesten hilft hier doch noch Englisch.“

Die ältere Gruppe kommt auf einige negative Erfahrungen zu sprechen, die man als Deutsche noch immer im europäischen Ausland machen kann. „Fahren Sie mal nach Holland und gehen da in eine Arbeiterkneipe. Wenn die hören, der kommt aus Bonn, dann müssen Sie aber schnell Ihren Hut nehmen, in Belgien auch.“ Einige Gesprächsteilnehmer äußern den Eindruck, die Deutschen seien zum Zahlen (als Touristen, aber auch für Europa) recht. Im übrigen möge man sie nicht besonders. Allerdings wird dagegen auch selbstkritisch eingewandt: „Es ist ja auch immer die Frage, wie man auftritt. Also, wenn da so eine ganze Kolonne ankommt und singt da in Spanien ‚Warum ist es am Rhein so schön‘ oder so. Das Auftreten der Deutschen in Massen, das verdirbt manchmal das Klima.“

Die Frage, was in Westeuropa seit Beginn der Integrationsbemühungen nach dem zweiten Weltkrieg alles erreicht wurde, welche Projekte realisiert worden seien, beantwortet die ältere Gruppe mit dem Hinweis, die wesentliche westeuropäische Errungenschaft sei die Überwindung der nationalen Konfrontation der Zeit vor 1945. Wenn auch die Integration nur in mühsamen Schritten vorankomme, sei der Unterschied gegenüber früheren Jahrzehnten doch unübersehbar. Angefangen habe die westeuropäische Gemeinsamkeit nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Schuman-Plan, der Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Spontan werden als gemeinsame europäische Projekte die Europa-Rakete Ariane genannt und das Europäische Währungssystem. Zu letzterem gibt es kritische Anmerkungen in beiden Gruppen. „Der ECU ist nur eine Verrechnungswährung. Das ist Papier, aber mehr ist das nicht. An der Grenze kriege ich keinen ECU oder sonst was. Der einzelne Bürger muß konkret was sehen, um es zu begreifen.“ In beiden Gruppen besteht Übereinstimmung, daß eine wirkliche gemeinsame Währung gut wäre. Ergänzend wird aber gesagt, daß der

jetzige Zustand, daß man leicht Geld wechseln könne und die Banken auf westeuropäischer Ebene eng zusammenarbeiten, auch schon ein beachtlicher Fortschritt sei.

Von der jüngeren Gruppe werden spontan noch folgende Europäische Leistungen genannt: der Europa-Paß, europäischer Jugendaustausch, berufliche Austauschprogramme und Eureka, letzteres mit der kommentierenden Bemerkung „Das ist ein Anti-SDI-Programm“. Dazu ein weiterer Kommentar eines Diskussionsteilnehmers: „Was mir auffällt ist, daß so viele Projekte ein Gegenstück sind zu irgendwelchen amerikanischen Projekten.“

Die ältere Gruppe ergänzt die Reihe der spontan genannten europäischen Leistungen und Projekte um allgemein genannte Projekte des Wirtschaftssektors, im Atombereich, auf dem Gebiet des Studenten- und Hochschullehreraustauschs. Genannt werden ferner die Zusammenarbeit beim Airbus, beim Energieaustausch und in der Festlegung europäischer Normen für Industrie und Verkehr.

Die europäische Agrarpolitik, von einem Teilnehmer als eine der europäischen Errungenschaften genannt, provoziert kritische Anmerkungen wie „Butterberg“, „Apfelberg“ und „dauernde Subventionszahlungen“.

Die Frage nach den bestehenden westeuropäischen Institutionen läßt in beiden Diskussionsrunden erkennen, daß das Wissen darüber ausgesprochen gering und unsicher ist. Welche Aufgabe die EG-Kommission bzw. der Ministerrat hat, ist unklar. Nur über das Europäische Parlament bestehen gewisse Vorstellungen. Sie haben aber übereinstimmend einen negativen Tenor: „Dann gibt es dieses Europaparlament, das diskutiert zusammen, kann aber nichts entscheiden.“ Oder „... es hat wohl einen Etat, aber mehr als Empfehlungen habe ich noch nicht vernommen.“

Bei der Diskussion der Zukunft (West-)Europas spricht die ältere Gruppe von der Möglichkeit, daß die EG auseinanderbrechen werde, weil die Unterschiede zwischen den EG-Staaten, zum Beispiel zwischen Großbritannien und Frankreich zu groß seien. Dem wird aber entgegengehalten, durch den Druck von außen werde der Zusammenhalt der EG gefördert. Die EG-Staaten könnten gar nicht mehr auseinandergehen, so weit sei die Integration schon fortgeschritten. Als Beispiel wird auch die Integration innerhalb der NATO genannt.

Die Gruppe der jungen Leute diskutiert den Gedanken, aus Westeuropa könnte sich eine autonome, einheitliche politische Kraft ähnlich den USA und der Sowjetunion bilden und betrachtet ihn mit gemischten Gefühlen. Manche sehen darin die Chance, daß diese dritte Kraft vermittelnd zwischen den beiden bestehenden Großmächten handeln könnte. Andere befürchten dadurch eher eine Komplizierung der internationalen Verhältnisse. „Dann gibt es auf der einen Seite die USA, daneben den sozialistischen Block und dazu käme dann noch der europäische Block mit dem europäischen Prinzip. Das wären dann drei Prinzipien, die sich untereinander bekämpfen, nicht ein Prinzip, das die beiden anderen schlichtet.“

Bei aller immer wieder vorgebrachten Kritik am gegenwärtigen Zustand Europas und den Defiziten der Gemeinschaft besteht unter jungen wie älteren Diskussionsteilnehmern doch Übereinstimmung darüber, daß ein Auseinanderfallen, die Auflösung der EG, ein schlimmer Rückschritt wäre. Man befürchtet dann ein Wiederaufstehen nationaler Fronten. Nur vereinzelt werden andere mögliche Folgen angeführt, zum Beispiel, daß ärmere Länder und (europäische) Regionen ohne gemeinschaftliche Hilfe blieben und in ganz große Schwierigkeiten kämen. Auch die Ansätze europäischer Gemeinsamkeit bei der Außenpolitik, zum Beispiel in der UNO und bei der Politik gegenüber Libyen, gingen dadurch verloren. Letzten Endes zeigt sich aber Konsens darüber, daß es nicht mehr zu einer EG-Auflösung kommen könne. Die europäische Integration auf wirtschaftlichem wie auf allen übrigen Gebieten sei inzwischen einfach zu weit fortgeschritten.

Bezüglich der Frage, welche Maßnahmen zur Stärkung Europas ergriffen werden sollten, meint die jüngere Gruppe, Gewaltakte würden bei der Integration Europas nicht weiterführen. „Das ist ein Wachsen, das geht nicht durch irgendwelche Gewaltakte.“ Ein anderer Diskussionsteilnehmer ergänzt: „Dadurch, daß das Bewußtsein für Europa wächst, kommen die Politiker dazu zu meinen, das bringe ihnen Wählerstimmen ein, wenn sie was für Europa tun. Und dadurch macht Europa Fortschritte.“ Kritische Anmerkungen sind in diesem Kreis zur Rolle der nationalen Parteien bei der europäischen Einigung zu hören. Sie würden den europäischen Zusammenschluß bremsen, weil sie auf europäischer Ebene eine geringere Bedeutung haben werden als jetzt auf nationaler Ebene. Gefragt, ob die deutschen Politiker denn innerhalb und außerhalb von Wahlkämpfen mehr für Europa eintreten sollten, lautet eine typische Antwort: „Es gibt Sachen, die für mich wichtiger sind als Europa. Es ist was Schönes, was Wichtiges, doch wichtiger wären die Kernkraftwerke, auch die Abrüstung.“

Die ältere Gruppe hebt als einen wichtigen Aspekt zur Stärkung Europas hervor, daß die Integration symbolische Schritte brauche. „Wenn sie die Integration wünschen, so ist das mit der Währung genauso wie mit der Grenze, die wir haben. Die Grenzen müssen weg, und wir müssen eine einheitliche Währung haben. Der einzelne Bürger muß konkret was sehen, um es zu begreifen.“ Ein anderer Diskussionsteilnehmer dazu: „Da muß ich Ihnen beipflichten, das ist richtig. Wenn man so ein Hartgeld in der Hand hat, wo der Kopf einer europäischen Symbolfigur drauf ist, das würde jeder verstehen und jeder einsehen.“

Belebung des europäischen Bewußtseins und Förderung der Integration verspricht man sich aus der Möglichkeit, die Originalfernsehprogramme anderer Länder Westeuropas auf den eigenen Bildschirmen verfolgen zu können. „Man könnte sehen, was die Leute in diesen Ländern bewegt, worüber man dort wie diskutiert. Und das wäre gut.“

Daß diesen nicht-repräsentativen Befunden hier so viel Platz eingeräumt wird, hat einen zentralen Grund: Gerade den Europa-Experten und Europa-

interessierten droht die Gefahr, das Thema nur aus der Fachperspektive und mit dem Wissenshintergrund zu sehen, der weit über dem Niveau des Durchschnittsbürgers liegt. Herkömmliche Umfrageergebnisse mit ihrer Stärke der Repräsentativität und analytischer Verknüpfbarkeit können dieser Gefahr nur bedingt begegnen, weil sie ebenfalls als relativ abstrakte Informationen verarbeitet werden. Daher wurde hier mit der Darstellung von Gruppendiskussionen einmal die andere Perspektive, die der Nichtexperten, im Zusammenhang eingebracht.

Obwohl diese Gespräche mit – im Hinblick auf das eigentlich interessierenden Thema Europa – unqualifizierten Personen stattfanden und die Ergebnisse in methodischem Sinn nicht repräsentativ sind, gehen sie über das rein Zufällige weit hinaus. Daß bei der Diskussion von Zukunftsperspektiven im internationalen Rahmen das Thema Europa, europäische Zusammenarbeit oder die Identität des westlichen Europa, der EG, erst sehr spät erwähnt wird, reflektiert die Bedeutung dieses Themas im Bewußtsein der bundesdeutschen Bevölkerung treffend. Europa steht nicht im Vordergrund politisch-gesellschaftlichen Denkens, sondern ist dort nur latent vorhanden.

Europäische Fortschritte seit Kriegsende werden überwiegend auf einer allgemeinen Ebene der zwanglosen Kontakte zu den westeuropäischen Nachbarn, der Reisemöglichkeiten, des Warenaustausches und der internationalen Kooperation gesehen. Dazu bedarf es aber erst des Anstoßes zum Nachdenken. Primär verbindet sich mit Europa das Klagen über das noch nicht Erreichte oder über negative Sachverhalte: den nicht funktionierenden Agrarmarkt mit seinem symbolträchtigen Butterberg, die noch immer bestehenden Grenzen und Grenzkontrollen, das kompetenzlose Europa-Parlament. Einzelprojekte und konkrete Errungenschaften der Europäischen Integration haben wenig Profil. Noch unschärfer erscheinen die Institutionen der EG und ihre Zuständigkeiten.

Repräsentative Daten bestätigen die aus der Gruppendiskussion gewonnenen Erkenntnisse. Die Bedeutung, welche die bundesdeutsche Bevölkerung dem Thema Europa, Europäische Integration im Kontext mit anderen politischen Aufgaben beimißt, geht aus deren Platzierung auf einer Skala „besonders wichtiger“ politischer Forderungen hervor. Bei der letzten Repräsentativerhebung im Februar/März 1986 nahm dieser Punkt unter 39 getesteten Aufgaben den 30. Platz ein, von 34 Prozent genannt, während das Spitzenthema Arbeitslosigkeit auf 92 Prozent kam und Aufgaben wie Friedenssicherung, Umweltschutz und sichere Renten zwischen 80 und 90 Prozent notierten. In der Trendserie der Prioritätenermittlung der letzten sechs Jahre liegen die zuletzt für Europa ermittelten 34 Prozent im unteren Bereich. Das Europa-Thema ist unter den aktuellen politischen Themen nicht unerheblichen Schwankungen unterworfen, wie die Eckwerte 48 Prozent (1981) und 32 Prozent (1982 und 1984) belegen. Zu den wirklich vordringlichen Aufgaben der bundesdeutschen Politik ist Europa, auch im Blick zurück über einen noch längeren Zeitraum, noch nicht gezählt worden.

Tabelle 2:

In einem Katalog politischer Forderungen wird als „besonders wichtig“ genannt: „Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten zu einem Vereinten Europa“

Juni 1980 %	Mai 1981 %	Okt./Nov. 1981 %	Mai/Juni 1982 %	Febr. 1983 %	Febr. 1984 %	Nov. 1984 %	Juni/Juli 1985 %	Febr./März 1986 %
46	48	41	32	34	32	39	40	34

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3183, 3195, 4001, 4119, 4022, 4039, 4050, 4060, 4068. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre wurde die Europa-Stimmung in der Bundesrepublik durch eine wachsende Ungeduld über den mangelnden Integrationsfortschritt charakterisiert. Von Jahr zu Jahr stieg die Zahl derer, die auf die demoskopische Frage „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem Vereinigten Europa sein?“ mit „schneller“ antworteten? Um es in Zahlen auszudrücken: dieser Anteil stieg von 38 Prozent im Jahre 1978 kontinuierlich an auf 62 Prozent im Frühjahr 1984. Die jüngste Ermittlung mit dieser Testfrage dokumentiert einen abrupten Bruch dieser Tendenz. Im Frühjahr 1986 wollen nur noch 46 Prozent eine schnellere Entwicklung. Mehr Stimmen als in den letzten Jahren sprechen sich für die Beibehaltung des bisherigen Integrationstempos aus (27 Prozent). Bemerkenswert viele lassen Unsicherheit und Unentschlossenheit erkennen (22 Prozent unentschieden).

Wie läßt sich diese Stimmungsänderung erklären? Hat 1985 etwa so viele Integrationsfortschritte gebracht, daß man nun eher mit dem eingeschlagenen Tempo einverstanden ist? Eine positive Deutung also. Ist vielleicht das Integrationsinteresse abgekühlt, weil der Durchbruch zu neuen Ufern ohnehin nicht in Sicht ist? Eine gewisse Resignation also. Oder gibt es Mißstimmung über konkrete Beschlüsse der EG, welche dieses neue Zögern veranlaßten?

Die Euro-Barometer-Umfragen der EG-Kommission registrieren bereits im Herbst 1985 mit einer anderen Indikatorfrage ein ähnliches Phänomen. Die Testfrage „Sind Sie alles in allem für oder gegen die derzeitigen Bemühungen zur Vereinigung Westeuropas?“ wird laut Euro-Barometer von drei Vierteln der EG-Bewohner positiv beantwortet (28 Prozent „sehr dafür“, 47 Prozent „etwas dafür“). Aber es heißt dort weiter, seit 1973 sei „in den meisten Ländern ein leichter Rückgang der positiven Einstellung“ zu verzeichnen, der „in Deutschland und Dänemark besonders ausgeprägt“ sei. Als Gründe des zuletzt beobachteten Rückgangs vermutet das Euro-Barometer einen Reflex auf die Unsicherheit über die Zukunft der europäischen politischen Union, die bei der Vorbereitung der Luxemburger Tagung des Europäischen Rates vorherrschte³.

Tabelle 3:

FRAGE: „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem Vereinigten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“

	Herbst 1973 %	Herbst 1975 %	Herbst 1976 %	Herbst 1978 %	Mai 1982 %	Okt./Nov. 1983 %	März 1984 %	Mai 1984 %	Mai/Juni 1986 %
Schneller	49	47	41	38	50	57	60	62	46
Langsamer	4	6	9	7	6	7	4	4	4
Wie bisher	34	36	37	34	27	21	23	22	27
Unentschieden	13	11	13	21	17	15	13	12	22
	100	100	100	100	100	100	100		

Quelle: 1973–1978 Euro-Barometer-Umfragen der EG in der Bundesrepublik, Bevölkerung ab 15 Jahre; Seit 1982 IfD-Umfragen 4008, 4034, 4040, 4044, 4073, Bevölkerung ab 16 Jahre

Einer der konkreten, besonders augenfälligen Schritte des Jahres 1985 auf dem Weg zur Europäischen Integration bestand in einer Maßnahme zur Erweiterung, nicht zur Vertiefung der Gemeinschaft: der Beitritt von Portugal und Spanien. Die Bundesregierung hatte sich in den letzten Jahren mit Nachdruck für die Realisierung des 1978 gestellten Aufnahmeantrags dieser beiden Länder eingesetzt, und sie tat das in Übereinstimmung mit den Wünschen der deutschen Bevölkerung. Im Mai 1985, also schon in der Schlußphase des Aufnahmeverfahrens, sprach sich jeder zweite Bundesbürger ausdrücklich für den Beitritt der iberischen Staaten aus. Nur 12 Prozent meinten abweisend „begrüße ich nicht“⁴.

Im Frühjahr 1986, wenige Monate nach Beginn der Mitgliedschaft, fragte Alvensbach die Bundesbürger erneut, diesmal zum vollzogenen Beitritt. „Spanien und Portugal sind zu Beginn dieses Jahres in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen worden. Begrüßen Sie das, begrüßen Sie das nicht, oder ist Ihnen das egal?“ Es spricht für die Stabilität des Urteils und die Ernsthaftigkeit der Aussagen zu dieser Beitrittsfrage, daß mit praktisch denselben Mehrheitsverhältnissen nun die beiden Neumitglieder in der EG begrüßt wurden.

Mit der Arrondierung der Gemeinschaft auf jetzt 12 Mitgliedstaaten mit über 320 Millionen Einwohnern ist die Süderweiterung der EG abgeschlossen. Freilich gibt es da im Südosten noch einen Aspiranten, dessen Beitrittswunsch aber nicht nur die EG-Instanzen, sondern auch die Bundesbürger mit großer Zurückhaltung behandeln: die Türkei. Nur gut ein Fünftel unserer Bevölkerung würde die Türkei als weiteres EG-Mitglied begrüßen, fast doppelt so viele (37 Prozent) reagieren ablehnend.

Eine zusätzliche Erweiterung der EG über den jetzigen Umfang hinaus wird für die nächsten Jahre kein Thema sein, das die Gemeinschaft bewegt. Wie

Tabelle 4:

Vor dem Beitritt ...

FRAGE: „Spanien und Portugal sollen ja jetzt in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen werden. Begrüßen Sie das, begrüßen Sie das nicht, oder ist Ihnen das egal?“

	Bevölkerung insgesamt	Mai 1985			
		Altersgruppen			
		16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%
Begrüße ich	48	45	52	51	44
Begrüße ich nicht	12	11	14	14	11
Ist mir egal	31	36	25	28	33
Unentschieden	9	8	9	7	12
	100	100	100	100	100

... und danach

FRAGE: „Spanien und Portugal sind zu Beginn diese Jahres in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen worden. Begrüßen Sie das, begrüßen Sie das nicht, oder ist Ihnen das egal?“

	Bevölkerung insgesamt	Mai 1985			
		Altersgruppen			
		16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%
Begrüße ich	45	42	49	47	41
Begrüße ich nicht	12	9	13	14	12
Ist mir egal	31	36	27	28	32
Unentschieden	12	13	11	11	15
	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 4058, 4073. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre

wird es dann um den anderen Integrationsaspekt, die Vertiefung und Intensivierung der Zusammenarbeit der Zwölfergemeinschaft bestellt sein? Was erwarten die Bürger? Wenn man dazu das Ergebnis der demoskopischen Testfrage liest, wie es mit der Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren weitergehen wird, fühlt man sich an die Stimmen der Gruppendiskussion erinnert. Rasche Fortschritte auf dem Weg der Europäischen Integration erwarten nur wenige. Ein Auseinanderdriften der

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

Tabelle 5:

FRAGE: „Die Türkei möchte ja ebenfalls Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden. Würden Sie es begrüßen, wenn die Türkei in die EG aufgenommen würde, oder würden Sie es nicht begrüßen, oder ist Ihnen das egal?“

	Mai 1985								
	Bev. insg.	Altersgruppen				Wähler von –			
		16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grünen
	%	%	%	%	%	%	%	%	
Würde ich begrüßen	21	24	25	23	14	17	25	15	38
Würde nicht begrüßen	37	34	35	36	43	45	37	41	22
Wäre mir egal	26	31	25	24	24	22	28	31	26
Unentschieden	15	11	15	17	19	16	10	13	14
	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 4073. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre

Tabelle 6:

FRAGE: „Wenn Sie an die westeuropäischen Länder denken, welche dieser Möglichkeiten trifft Ihrer Meinung nach in den nächsten 10 bis 20 Jahren am ehesten ein?“ (Vorlage einer Liste)

	Bev. insg.	Altersgruppen				Politisches Interesse	
		16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter	inter- essiert	nicht besond., gar nicht
	%	%	%	%	%	%	
Die westeuropäischen Länder werden große Anstrengungen unternehmen, um sich gegenseitig näher zu kommen	20	17	21	20	21	21	19
Die westeuropäischen Länder werden sich langsamer näher kommen	55	56	56	58	50	59	52
Die westeuropäischen Länder werden sich nicht näher kommen	16	15	17	17	13	15	16
Die westeuropäischen Länder werden sich voneinander entfernen	2	3	2	2	3	3	2
Weiß ich nicht, keine (konkrete) Angabe	7	9	4	3	13	2	11
	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 4075. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre

Staaten Westeuropas, ein Zerfall der Gemeinschaft, gilt andererseits als noch weit weniger wahrscheinlich. Um es mit den Worten der nebenstehend zitierten Repräsentativumfrage zu sagen: „Die westeuropäischen Länder werden sich voneinander entfernen“ erwarten ganze zwei Prozent der Bundesbürger. Das von den meisten vorausgesagte Entwicklungsmodell heißt „Die westeuropäischen Länder werden sich langsam näher kommen“ (55 Prozent). Mit dieser Einschätzung dürfte die Bevölkerung nach allen Integrationserfahrungen der letzten Jahrzehnte wohl Realitätssinn beweisen.

Anmerkungen

- 1 Siehe dazu Werner Weidenfeld, *Die Bilanz der Europäischen Integration 1985*, in diesem Band.
- 2 Die Gruppendiskussionen fanden im Rahmen eines europäischen Gemeinschaftsprojektes der internationalen Organisation IRIS – International Research Institutes – statt.
- 3 Vgl. Euro-Barometer Nr. 24, Dezember 1985, S. 63ff.
- 4 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann u. Gerhard Herdegen, *Die öffentliche Meinung*, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration 1984*, S. 299–320, hier S. 312.

Weiterführende Literatur

- Hofmann-Goettig, Joachim, *Die jungen Wähler. Zur Interpretation von Jungwählerdaten der ‚Repräsentativen Wahlstatistik‘ für Bundestag, Landtage und Europaparlament 1953–1984*, Frankfurt/M.: Campus 1984.
- Kommission der EG (Hrsg.), *Euro-Barometer*, Brüssel (erscheint halbjährlich)